

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2021

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Institutionen: Erklärung von Porto	1
EU-Parlament: Entschließung zur Kindergarantie angenommen	1
Rat der EU: Schlussfolgerungen zu Chancengleichheit und Partizipation junger Menschen	1
EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zur Anerkennung der Elternschaft innerhalb der EU	2
EU-Parlament: Manifest gegen Kinderarmut und soziale Schließung	2
EU-Parlament: Programm für Erasmus+ verabschiedet	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Schweiz: Aktuelle Daten zu Familien in der Schweiz und Arbeitsteilung zwischen Geschlechtern	3
Schweiz: Mutterschaftsentschädigung und neuer Betreuungsurlaub für Eltern	3
Bulgarien: Spielbereiche und Kinderbetreuung in Arbeitsstätten	3
Frankreich: Neue Unterstützungsmaßnahmen für Familien in der Pandemie	3
Irland: Nationaler Rahmenplan für die Partizipation von Kindern	4
Litauen: Budget zur Unterstützung gewaltbetroffener Kinder verdoppelt	4
Rumänien: Anreize zur Rückkehr in die Erwerbsarbeit für Eltern	4
Slowenien: Neues Gesetz zum Schutz von Kindern in Strafverfahren	4
Großbritannien: Bericht zur Situation Alleinerziehender während der Pandemie	5
Weitere Nachrichten	5
COFACE startet Konsultation zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen	5
Eurochild: Kindeswohl in Aufbau- und Resilienzplänen nicht beachtet	5
EEG: Stellungnahme zur Deinstitutionalisierung in Aufbau- und Resilienzplänen	6
Equinet: Altersdiskriminierung und Gesetzgebung für wirkungsvolle Gleichbehandlungsstellen	6
Social Platform: Toolkit für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte	7
UIA & URBACT: Plattform zum Recht auf Wohnen	7
Internationaler Tag der Familie zum Thema neue Technologien	7
Berichte und Studien	7
Beobachtungsstelle Gesellschaftspolitik: Studie zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf	7
COFACE: Bericht zu Geschlechterungleichheiten in Care-Arbeit und Bezahlung	8
EU-Kommission: Atlas zur Demografie	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Institutionen: Erklärung von Porto

Auf dem Gipfel von Porto sind Vertreter:innen von EU-Institutionen, Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengekommen, um die sozialpolitischen Ziele der EU zu diskutieren. Die EU-Institutionen bekräftigten, die Implementierung des Aktionsplans für die Europäische Säule sozialer Rechte voranbringen zu wollen. Darin wurde festgeschrieben, dass bis zum Jahr 2030 folgende Ziele erreicht werden sollen: eine EU-weite Beschäftigungsquote von mindestens 78 Prozent, die jährliche Teilnahme von mindestens 60 Prozent der Erwachsenen an Weiterbildungsmaßnahmen und eine deutliche Absenkung der Rate von Armutsbetroffenen, insbesondere bei Kindern (s. [EuropaNews 03/21](#)). Am Ende des Gipfels wurde von allen teilnehmenden Institutionen die Erklärung von Porto unterzeichnet, in der die Wichtigkeit europäischer Solidarität betont wird. Die Ziele von sozialer Teilhabe, Chancengleichheit, Armutsbekämpfung und Antidiskriminierung werden darin bekräftigt. Auch die Unterstützung junger Menschen und der soziale Dialog werden als wichtige Ziele aufgeführt. Das European Anti Poverty Network hatte zuvor ein Statement mit Erwartungen an den Gipfel veröffentlicht, in der konkretere Maßnahmen wie z. B. eine EU-weite Regelung des Mindestlohns gefordert werden.

- [Die Erklärung von Porto](#) 
- [Der Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte](#) 
- [EAPN Statement Porto Social Summit](#)  

EU-Parlament: Entschließung zur Kindergarantie angenommen

Das EU-Parlament hat eine Entschließung zur EU-Kindergarantie angenommen. In ihr schließt sich dem Vorschlag der Kommission aus dem März für eine Ratsempfehlung zur Kindergarantie an (s. [EuropaNews 03/21](#)). Der Rat wird aufgerufen, diesen Vorschlag zügig umzusetzen, da sich die Situation von Kindern in prekären Lebenssituationen durch die Pandemie noch verschlechtert habe. Die Mitgliedstaaten sollten die EU-Kindergarantie in allen Politikbereichen berücksichtigen und mindestens 5 Prozent der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds + (ESF+) für die Umsetzung der Kindergarantie verwenden. EU-Mittel der verschiedenen Programme sollten so koordiniert werden, dass alle Ziele der Kindergarantie implementiert werden könnten. Die Anstrengungen zur Prävention von Gewalt an Kindern, insbesondere sexueller Gewalt, müssten intensiviert werden. Die Kommission wird aufgerufen, die Möglichkeit einer Europäischen Behörde zu überprüfen, die die Wahrung der Kinderrechte in den Mitgliedstaaten unterstützen und überwachen könnte.

- [European Parliament resolution of 29 April 2021 on the European Child Guarantee](#) 

Rat der EU: Schlussfolgerungen zu Chancengleichheit und Partizipation junger Menschen

Auf der Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport wurden Schlussfolgerungen zur Chancengleichheit in der Bildung und zur Partizipation junger Menschen beschlossen. Im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung wurden Defizite in der Chancengleichheit und Inklusion festgestellt. Lernende mit Behinderungen und mit niedrigem sozioökonomischen Status verlassen die Schule häufiger frühzeitig und ohne Abschluss. In der Schlussfolgerung zur Chancengleichheit werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, die Diversität der Lernenden in allen Bildungsstätten anzuerkennen und Angebote zu erstellen, die alle Lernenden ansprechen. Für benachteiligte Gruppen müssten zudem gezielte Programme für den Bildungserfolg geschaffen werden. Die Mitgliedstaaten

werden aufgerufen, Informationen gezielt für Jugendliche aufzubereiten und in der Jugendarbeit kritische Auseinandersetzung mit politischen Themen zu fördern.

- [Schlussfolgerungen zu Chancengleichheit und Inklusion in der Bildung](#)  
- [Schlussfolgerung zur Teilhabe junger Menschen an Entscheidungsprozessen](#)  

EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zur Anerkennung der Elternschaft innerhalb der EU

Die EU-Kommission plant eine Initiative zur Absicherung der Rechte von Familien innerhalb der EU. Dabei geht es um die Anerkennung von Elternschaft in allen EU-Mitgliedstaaten. Aktuell ist es möglich, dass eine anerkannte Elternschaft aus einem EU-Mitgliedstaat in einem anderen Mitgliedstaat nicht rechtsgültig ist. Für Familien können dadurch Probleme z.B. in Bezug auf Sorgerecht, Familienleistungen, Unterhalt und Erbschaften entstehen (s. [EuropaNews 04/21](#)). Zum Entwurf der Europäischen Initiative hat die EU-Kommission jetzt eine öffentliche Konsultation gestartet. Mit ihr soll ein möglichst umfassendes Bild der aktuellen Problemlagen in diesem Bereich ermittelt werden. Die Konsultation läuft bis zum 11. August.

- [Konsultation: Grenzüberschreitende familiäre Situationen – Anerkennung der Elternschaft](#)

EU-Parlament: Manifest gegen Kinderarmut und soziale Schließung

Das EU-Parlament hat gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Kinderrechte im EU-Parlament und der EU Alliance for Investing in Children ein Manifest gegen Kinderarmut und soziale Schließung erarbeitet. Anlässlich der Veröffentlichungen der EU-Kindergarantie, der EU-Kinderrechtsstrategie und des Aktionsplans zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte (s. [EuropaNews 03/21](#)) wird im Manifest zum entschlossenen Handeln aufgerufen. Mitgliedstaaten sollten Aktionspläne entwickeln, die der Situation in ihrem Land gerecht werden und nationale Ziele zur Bekämpfung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung definieren. Sie sollten außerdem daran arbeiten, die politische Beteiligung von Kindern zu verbessern. Auf der EU-Ebene sollten konkrete Ziele definiert werden, mit denen die Kinderarmut in der EU bis zum Jahr 2030 beendet werden kann. Die EU wird außerdem aufgerufen, die Umsetzung der Kindergarantie und der Kinderrechtsstrategie so zu planen, dass sie miteinander kohärent sind und sich ergänzen. Ihre Umsetzung müsse in das Europäische Semester und die länderspezifischen Empfehlungen zur volkswirtschaftlichen Entwicklung aufgenommen werden.

- [Manifesto on Child Poverty and Social Exclusion in the EU](#)  

EU-Parlament: Programm für Erasmus+ verabschiedet

Das EU-Austauschprogramm Erasmus+ für die Jahre 2021-2027 ist beschlossen. Ihm stehen mit 28 Milliarden Euro fast doppelt so viele Mittel wie dem vorhergehenden Erasmus+ Programm zur Verfügung. Wie bereits im Entwurf aus dem März (s. [EuropaNews 03/21](#)) vorgesehen, ist das Programm künftig inklusiver gestaltet. Auch können nun Menschen von ERASMUS+ profitieren, die nicht den Zugang zum Studium auf dem ersten Bildungsweg haben. Außerdem ist vorgesehen, dass Mitgliedstaaten und Kommission Aktionspläne vorlegen, mit denen die Zugänglichkeit des Programms für Menschen mit Behinderungen, Migrationshintergrund und niedrigem sozio-ökonomischem Status verbessert werden soll. Das Programm wurde in Abstimmung mit dem European Green Deal geplant und enthält Maßnahmen zur umweltfreundlichen Gestaltung der Aktivitäten.

- [Website von Erasmus+](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz: Aktuelle Daten zu Familien in der Schweiz und Arbeitsteilung zwischen Geschlechtern

Das Schweizerische Bundesamt für Statistik hat Daten zum Familienleben in der Schweiz und zur Zeitverwendung von Frauen und Männern veröffentlicht. Demnach lebt eine große Mehrheit der Kinder in der Schweiz mit beiden Eltern in einem Haushalt. 13 Prozent der Kinder leben bei Alleinerziehenden und 6 Prozent in Patchworkfamilien. Frauen mit Kindern unter 25 Jahren arbeiten in der Schweiz zu 78 Prozent in Teilzeit, bei Vätern sind es 12 Prozent. Alleinerziehende werden häufiger von Sozialhilfe unterstützt als Familien mit zwei Elternteilen (21 Prozent). Im Durchschnitt wendeten die Geschlechter gleich viel Zeit für bezahlte und unbezahlte Arbeit auf – rund 46 Stunden pro Woche, wobei Frauen weiterhin mehr Haus- und Familienarbeit leisten. Außerdem hat das Schweizerische Bundesamt für Sozialversicherungen den Bericht „Dienstleistungen für Familien. Systematik und Analyse der Begleit-, Beratungs- und Elternbildungsangebote“ veröffentlicht. Neben einem Überblick über das Angebot der Dienstleistungen finden sich dort auch Hinweise zu Mängeln in der Versorgung.

- [Familien in der Schweiz: Statistischer Bericht 2021](#)
- [Aufwand für Erwerbs-, Haus- und Familien- und Freiwilligenarbeit nach Geschlecht und Familiensituation](#)
- [Bericht zu Dienstleistungen für Familien](#) 

Schweiz: Mutterschaftsentschädigung und neuer Betreuungsurlaub für Eltern

In der Schweiz wurde ein neuer Betreuungsurlaub eingeführt, den Eltern in Anspruch nehmen können, wenn ein minderjähriges Kind wegen Krankheit oder nach einem Unfall betreut werden muss. Der Urlaub von 14 Tagen kann innerhalb von 18 Monaten am Stück oder tageweise genommen werden und wird mit 80 Prozent des Einkommens entschädigt. Zudem wurde eine Mutterschaftsentschädigung für Mütter eingeführt, die nach der Geburt für längere Zeit im Krankenhaus bleiben müssen. Bisher konnten sie ihren Anspruch auf Mutterschaftsurlaub nur verschieben, erhielten während des Krankenhausaufenthalts jedoch nicht immer eine Lohnfortzahlung. Die neuen Regelungen sind Teil des Maßnahmenpakets zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenbetreuung.

- [Maßnahmen für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung](#)

Bulgarien: Spielbereiche und Kinderbetreuung in Arbeitsstätten

Das bulgarische Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik hat das Projekt „Kid’s Corners“ angekündigt, das die Einrichtung von Spielbereichen für Kinder von Angestellten in Arbeitsstätten fördert. Auch für die Ausbildung und das Gehalt von Babysitter:innen für die „Kid’s Corners“ sind finanzielle Mittel vorgesehen. Insgesamt wird das Projekt mit 6,6 Millionen bulgarischen Lew (ca. 3,7 Millionen Euro) gefördert. 86 Unternehmen und 19 staatliche Institutionen sind als beteiligte Arbeitgeber ausgewählt worden. Im Rahmen des Projekts soll die Betreuung von über 1.700 Kindern ermöglicht werden.

Frankreich: Neue Unterstützungsmaßnahmen für Familien in der Pandemie

Die französische Regierung hat neue Maßnahmen zur Unterstützung von Familien während der Pandemie beschlossen. In Frankreich wurde seit der Coronakrise eine Verschlechterung der Gesundheit von Kindern festgestellt. Die Notfallmaßnahmen umfassen die Versorgung mit essenziellen Gütern für Neugeborene und

Schulessen zum Preis von einem Euro für einkommensschwache Familien. Für Eltern in systemrelevanten Berufen entfallen die Betreuungskosten in Kitas. Um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern, haben Kinder zwischen 3 und 17 Jahren Anspruch auf 10 kostenlose Stunden Psychotherapie. Außerdem wurde eine neue Beratungs-Hotline eingerichtet, die sich speziell mit Gewalt gegen Kinder im Netz beschäftigt.

Irland: Nationaler Rahmenplan für die Partizipation von Kindern

Das irische Ministerium für Kinder, Gleichberechtigung, Menschen mit Behinderungen, Integration und Jugend hat seinen nationalen Rahmenplan zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen vorgestellt. Er wurde im Rahmen einer nationalen Strategie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelt, die sich an der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention orientieren. Der Rahmenplan soll Organisationen dabei unterstützen, Kinder und Jugendliche einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu geben. Der Rahmenplan wurde mit der Unterstützung von Expert:innen für Kinderrechte und -partizipation entwickelt. Er enthält Richtlinien und Checklisten, die Entscheidungsträger:innen bei der Umsetzung von Beteiligungsangeboten helfen sollen.

- [National Framework for Children and Young Peoples Participation in Decision-making](#) 

Litauen: Budget zur Unterstützung gewaltbetroffener Kinder verdoppelt

Das Ministerium für soziale Sicherung und Arbeit Litauens hat angekündigt, in diesem Jahr 200.000 Euro für gewaltbetroffene Kinder zur Verfügung zu stellen. Das ist doppelt so viel, wie das Land normalerweise zur Unterstützung von Kindern ausgibt, die häusliche Gewalt oder andere Gewaltformen erlebt haben. Das Ministerium finanziert 12 verschiedene Projekte gegen häusliche Gewalt, die von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden. Neben direkt von Gewalt betroffenen Kindern sollen sie auch Kindern zugutekommen, die indirekt von häuslicher Gewalt in der Familie betroffen sind.

Rumänien: Anreize zur Rückkehr in die Erwerbsarbeit für Eltern

In Rumänien gibt es eine spezielle Zulage für berufstätige Eltern, der sogenannte Eingliederungsanreiz. Diese Zahlung wird nun für Eltern erhöht, die bereits nach sechs Monaten nach der Geburt des Kindes wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen (12 Monate für Eltern von Kindern mit Behinderungen). Der Anreiz wird von 650 rumänischen Lei (ca. 140 Euro) auf 1.500 Lei (ca. 300 Euro) erhöht. Die Leistung wird gewährt, bis das Kind zwei Jahre alt ist, bei Kindern mit Behinderungen bis zum 3. Lebensjahr. Außerdem wird der Eingliederungsanreiz auf Eltern ausgeweitet, die für die Pflege eines Kindes mit Behinderung zwischen drei und sieben Jahren Anspruch auf Freistellung hätten und trotzdem erwerbstätig sind. Sie erhalten eine Unterstützungszahlung von 650 Lei.

Slowenien: Neues Gesetz zum Schutz von Kindern in Strafverfahren

In Slowenien wurde das sogenannte Kinderhaus-Gesetz verabschiedet, mit dem Kinder in Strafverfahren besser geschützt werden sollen. Es wurde vor allem für Kinder entworfen, die als Geschädigte in Verfahren zu sexuellem Missbrauch und anderen Gewalttaten aussagen müssen. In den Kinderhäusern werden alle beteiligten Fachkräfte wie Richter:innen, Staatsanwält:innen, Pädagog:innen und Psycholog:innen unter einem Dach zusammenkommen, anstatt das Kind in die verschiedenen Institutionen zu schicken. Damit sollen betroffene Kinder in das Zentrum des Verfahrens gestellt und ihre Retraumatisierung vermieden werden. Nach einer Machbarkeitsstudie wurde das

Konzept des Kinderhauses in Slowenien in einem Modellprojekt erprobt, das vom Europarat unterstützt wurde. Die Idee des Kinderhauses stammt aus Island, wo 1998 das erste „Barnahus“ eröffnet wurde.

Großbritannien: Bericht zur Situation Alleinerziehender während der Pandemie



Die britische Organisation Gingerbread hat gemeinsam mit einem britischen Institut für Arbeitsmarktforschung eine Studie zur Situation Alleinerziehender während der Covid-19 Pandemie durchgeführt. Die Studie kombiniert quantitative Daten zu Beschäftigung, Einkommen und Betreuung mit qualitativen Interviews. Darin zeigen sich sehr unterschiedliche Meinungen zum Thema HomeOffice. Einige empfanden dies als Entlastung, andere wünschten sich eine klare Abgrenzung von Arbeit und Familienleben. Insgesamt waren Alleinerziehende häufiger beurlaubt als Elternteile mit Partner. Sie wurden während der Pandemie jedoch seltener arbeitslos als Elternteile in Familien mit zwei Eltern und Erwachsene ohne Kinder. Ein großes Problem für Alleinerziehende habe allerdings die Isolation, insbesondere bei Quarantäne dargestellt. Der Forschungsbericht formuliert Empfehlungen wie den Ausbau von Betreuungsplätzen, Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie über Home Office hinaus, finanzielle Unterstützung für Alleinerziehende, die aufgrund von Quarantäne nicht arbeiten können oder bei Schließung von Schulen und Kitas. Außerdem wird vorgeschlagen, spezielle Trainings für Alleinerziehende in den Jobcentern anzubieten, um sie bei der Rückkehr in die Erwerbstätigkeit gezielt zu unterstützen.

- [Caring without sharing. Single Parents' journey through the COVID-19 pandemic](#)  

Weitere Nachrichten

COFACE startet Konsultation zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen

COFACE Families Europe hat eine Konsultation gestartet, mit der sie Good Practices zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen sammelt. Gesammelt werden Programme, Einrichtungen, Services, Informationsmaterialien und alle weiteren Initiativen, die zeigen, dass umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderungen möglich ist. Sie sollen in einem Inklusions-Atlas zusammengestellt werden, um praktische Beispiele zur Implementierung der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (s. [EuropaNews 03/21](#)) beizutragen. Die Konsultation ist Teil der S.H.I.F.T.-Kampagne der COFACE für die Unterstützung, Menschenrechte, Unabhängigkeit, Familien und gesellschaftliche Transformation für Menschen mit Behinderungen (Support, Human Rights, Independence, Families and Society Transition (S.H.I.F.T.)). Im Rahmen der Kampagne wurde auch ein Leitfaden herausgegeben, in dem diese übergeordneten Ziele in konkrete Maßnahmen übersetzt werden.

- [Konsultation zu Best Practices der Inklusion](#)
- [S.H.I.F.T. Leitfaden zur Inklusion](#)  

Eurochild: Kindeswohl in Aufbau- und Resilienzplänen nicht beachtet

Eurochild hat eine kritische Stellungnahme zu den Aufbau- und Resilienzplänen der EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Diese Pläne legen die Staaten vor, um Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität zu beantragen. Die Fazilität ist das EU-Förderprogramm für den Wiederaufbau nach der Coronakrise, das Förderung und Kredite von insgesamt 672,5 Milliarden Euro vergibt. Eine Analyse der Pläne von 16 Mitgliedstaaten habe gezeigt, dass Kinder und ihre Interessen in diesen Aufbauplänen zum größten Teil nicht beachtet würden. Auch die sozialen

Auswirkungen der Pandemie im Allgemeinen und entsprechende Investitionen kämen in den Plänen zu kurz. Die Strategien zum Wiederaufbau nach der Coronakrise planten nur mit bestehenden sozialstaatlichen Instrumenten, die jedoch häufig nicht auf die Bedürfnisse und Interessen von Kindern zugeschnitten seien. Außerdem kritisiert das Netzwerk, dass zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Gestaltung der Aufbaupläne nicht ausreichend konsultiert wurden. Die Analyse ist nicht veröffentlicht, kann aber bei Eurochild angefragt werden.

- [Stellungnahme von Eurochild](#) 
- [Informationen zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit](#) 

EEG: Stellungnahme zur Deinstitutionalisierung in Aufbau- und Resilienzplänen

Die European Expert Group on the Transition from Institutional to Community-based Care (EEG) setzt sich für die Deinstitutionalisierung von Pflege ein. Die Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Lebensgemeinschaften sei ein wichtiger Schritt zu ihrer umfassenden gesellschaftlichen Inklusion. Die EEG setzt sich auch für Kinder in alternativer Pflege, ältere und wohnungslose Menschen ein. Auch diese Gruppen sollten nicht länger in gesonderten Institutionen untergebracht werden. In ihrer aktuellen Stellungnahme macht die EEG darauf aufmerksam, dass einzelne Mitgliedstaaten in ihren Aufbau- und Resilienzplänen Investitionen in Institutionen für Menschen mit Behinderungen und für ältere Menschen aufführen. Die Expertengruppe weist darauf hin, dass die EU sich in der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum Ziel der Deinstitutionalisierung bekennt. In einer Bewertung der neuen Strategie mahnt die EEG an, die Umsetzung der formulierten Ziele fortlaufend zu überprüfen und Toolkits zu ihrer praktischen Umsetzung für Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen. Investitionen in Institutionen, in denen Menschen abgeschieden vom gesellschaftlichen Leben untergebracht sind, seien auch mit der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention nicht vereinbar. Die EEG ruft die Mitgliedstaaten auf, sich an die EU-Strategie zu halten. Sie verweist auf ihre Checkliste, mit der überprüft werden könne, ob EU-geförderte Maßnahmen zum Ziel des gemeinschaftlichen Lebens der betroffenen Gruppen beitragen.

- [EEG: Recovery and Resilience Facility must support community inclusion, not segregation](#)  
- [EEG Checkliste zur Verwendung von EU-Mitteln](#)  
- [EEG Response to the EU Disability Rights Strategy 2021-2030](#)  

Equinet: Altersdiskriminierung und Gesetzgebung für wirkungsvolle Gleichbehandlungsstellen

Das Netzwerk europäischer Gleichbehandlungsstellen weist darauf hin, dass auch junge Menschen von Altersdiskriminierung betroffen sind. Das Thema finde in Bezug auf die Benachteiligung älterer Menschen bereits politische Beachtung, doch auch junge Menschen bräuchten effektiven Schutz vor sogenanntem Ageism. Equinet verweist dabei auf den aktuellen Bericht zur Altersdiskriminierung der UN. Es hat außerdem Empfehlungen veröffentlicht, wie die Arbeit von Gleichbehandlungsstellen über Gesetzgebung effektiver gestaltet werden könne. Gleichbehandlungsstellen müssten dafür in der Gesetzgebung gezielt als wirksame Organe angesprochen werden. Dabei müsste die Diversität der verschiedenen Gleichbehandlungsstellen einbezogen werden. Sie müssten zudem mit ausreichend finanziellen Mitteln und ausreichenden Mandaten ausgestattet werden.

- [UN: Ageism is a global challenge](#) 
- [Equinet: Legislating for Stronger, more Effective Equality Bodies](#)  

Social Platform: Toolkit für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte

Social Platform ist ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für ein soziales Europa einsetzen. Anlässlich der Veröffentlichung des Aktionsplans für die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte hat es ein Toolkit erstellt, das Organisationen dabei unterstützen soll, für eine effektive Implementierung einzutreten. Enthalten sind Informationen zur Europäischen Säule sozialer Rechte und Gründe, warum zivilgesellschaftliche Organisationen auf der nationalen Ebene sich für die Umsetzung des Aktionsplans einsetzen sollten. Außerdem sind EU-Zielsetzungen für den Bereich sozialer Teilhabe und zentrale Aspekte der Säule als mögliche Ansatzpunkte für Kampagnen dargestellt. Für die praktische Arbeit sind mögliche Vorgehensweisen und weitere Links aufgeführt.

- [Social Platform: Toolkit: Influencing the European Pillar of Social Rights](#)  

UIA & URBACT: Plattform zum Recht auf Wohnen

Die EU-geförderten Organisationen Urban Innovative Action (UIA) und URBACT haben die Initiative Right 2 Housing gestartet, die eine Plattform zum Austausch über rechtebasierte Ansätze zur Wohnungspolitik bieten soll. Die Plattform gliedert sich in die Themenbereiche Collaborative Housing, No One Left Behind und Fair Finance. Zu jedem Themenbereich werden Hintergrundinformationen bereitgestellt und bestehende Ansätze aus verschiedenen Städten vorgestellt. Außerdem werden auf der Plattform Nachrichten rund um das Thema Wohnen gesammelt und auf Veranstaltungen zum Thema hingewiesen.

- [Plattform "Right 2 Housing"](#) 

Internationaler Tag der Familie zum Thema neue Technologien

Der Internationale Tag der Familie am 15. Mai stand in diesem Jahr unter dem Thema Familien und Neue Technologien. Das Online-Event der UN drehte sich um die Frage, wie neue Technologien zum Übergang in eine nachhaltige Gesellschaft beitragen könnten. Da Familien in die verschiedenen gesellschaftlichen Transformationsprozesse wie Urbanisierung, Migration, Klima- und demografischer Wandel eingebunden sind, sei diese Frage auch für Familien zentral. Die Präsentationen während des Events hatten die Auswirkungen neuer Technologien auf die Work-Life-Balance, neue Erkenntnisse zur Nutzung moderner Technologien in Familie, Tele-Gesundheit Zuhause und Online-Tools zur Bildung für Familien zum Thema. Alle Präsentationen sind auf der Website der UN zum Tag der Familien dokumentiert.

- [2021 International Day of Families on "Families and New Technologies"](#) 

Berichte und Studien

Beobachtungsstelle Gesellschaftspolitik: Studie zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa hat eine vergleichende Studie zur Situation von Eltern mit pflegebedürftigen Kindern in Dänemark, Finnland und Schweden veröffentlicht. In allen drei Ländern bestehen bereits Unterstützungsprogramme für pflegende Angehörige, durch die sie z.B. ihre Arbeitszeit reduzieren, kurzfristig unterbrechen und Zuschüsse für Ausfälle erhalten können. Im EU-Durchschnitt handelt es sich bei den untersuchten Staaten um Länder mit hoher Frauenerwerbsquote und einer sozialstaatlichen

Förderung der geschlechtergerechten Aufteilung von Sorgearbeit. Programme für pflegende Angehörige richteten sich zumeist an Menschen, die ältere Familienangehörige pflegen. Die Betreuung pflegebedürftiger Kinder erfordere jedoch die Erziehung und Entwicklungsförderung und sei daher arbeitsintensiver. Die Pflege Älterer, Kinder und Erwachsener mit Behinderungen müsse differenzierter politisch geregelt werden.

- [Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bei pflegebedürftigen Kindern in Dänemark, Finnland und Schweden](#) 

COFACE: Bericht zu Geschlechterungleichheiten in Care-Arbeit und Bezahlung

COFACE Families Europe hat einen Bericht zu ihrer Veranstaltung zu Geschlechterungleichheiten im Bereich Care-Arbeit und Bezahlung veröffentlicht. Die Hauptergebnisse der Vorträge und Diskussionen waren, dass Frauen ca. 50 Prozent mehr Zeit täglich für unbezahlte Care-Arbeit aufwenden als Männer. Dies habe nicht nur Effekte für ihre individuellen Erwerbsbiografien, sondern trage auch dazu bei, dass in den Pflegesektor zu wenig investiert werde. Die Bedeutung des Bereichs Pflege sei in der Pandemie deutlich geworden, nun müsse die Infrastruktur für eine hochwertige Versorgung pflegebedürftiger Menschen gestärkt werden. Die Geschlechterungleichheiten im Beruf, vor allem die Gender-Pay-Gap, müssten gemeinsam mit der Ungleichheit in der Aufteilung von unbezahlter Care-Arbeit betrachtet werden. Programme zur Förderung der gleichberechtigten Teilnahme am Erwerbsleben müssten die Übernahme von Care-Arbeit durch Männer gezielt fördern.

- [COFACE: Gender Inequalities in Care and Pay in the EU](#)  

EU-Kommission: Atlas zur Demografie

Die EU-Kommission hat ein interaktives Tool mit Informationen zum demografischen Wandel in der EU veröffentlicht. Mit dem Atlas zur Demografie können Daten visualisiert und nach verschiedenen Schwerpunkten gebündelt abgerufen werden. Enthalten sind neben den amtlichen Statistiken der Mitgliedstaaten und Prognosen von Eurostat auch kleinräumige Daten der gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission. Damit können die Entwicklungen auf lokaler Ebene aufgelöst verglichen werden. Neben der Aufbereitung der demografischen Daten werden im Atlas Beiträge zur verwandten Politikbereichen veröffentlicht. Dazu zählen die Gesundheits-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik, deren langfristige Planung stark vom demografischen Wandel abhängt.

- [Atlas der Demografie](#) 
- [Wissenszentrum für Migration und Demografie](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
01. Juni 2021 Online	Wer länger lebt, ist öfter krank? Multimorbidität im höheren Alter	Einstein Center for Population Diversity
02. Juni 2021 Online	Dialogue between civil society and institutions: Lost in translation?	European Civic Forum

02. Juni 2021 Ljubljana, Slowenien	The future of social security coordination in the EU	MoveS network (Free Movement and Social Security Coordination)
3. Juni 2021 Online	Population Europe CPop Seminars Series: Age discrimination and the allocation of Covid-19 vaccines	Population Europe
4. Juni 2021 Online	A Call to action: Enabling civil society in the context of Covid-19	OECD
08. Juni 2021	Promoting evidence-based Communities of Practice on migrant integration	soildar
8.-10. Juni 2021 Online	Digital education for a strong recovery: A forward look	OECD Centre for Educational Research and Innovation
11. Juni 2021 Online	Beyond COVID-19: Population Challenges Ahead	Population Europe, CBSS (Ostseerat)
18.-19. Juni 2021 Online	Die EU in und nach der Pandemie: Wie geht es weiter mit dem sozialen Europa?	BMAS
29. Juni 2021 Online	Socio-economic Inequalities in Mental Health during the COVID-19 Pandemic	OECD

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

